

# LINKEZEITEN

Ausgabe # 17: Februar 2012 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**  
Kreisverband Köln

## Zur Strategie des Kreisverbandes 2012

Folgender Antrag ist das Ergebnis zweier Treffen der offenen Arbeitsgruppe „Strategie“. Beteiligt an der Abfassung waren Gisela Emons, Lea Frings, Angelika Link-Wilden, Torsten Löser, Gerhard Militzer, Alexander Recht und Klaus Roth.

### 1. Blick zurück

Auf der Jahreshauptversammlung 2010 hatte der Kreisverband ein Arbeitsprogramm für 2011/12 beschlossen, aus dem er im Jahre 2011 zwei Projekte erfolgreich abgeschlossen hat. Die Projektgruppe „Programmdebatte“ hat im Kreisverband engagiert die Diskussion um den Programmentwurf der Partei geführt. Dem Kreisverband Köln gelang mit seinen Positionen Eingang in das mit überwältigender Mehrheit beschlossene Parteiprogramm: Der Abschnitt zur „Solidarökonomie“ wurde auf Antrag unseres Kreisverbandes in das Parteiprogramm aufgenommen.

Die Projektgruppe „Eine Schule für alle!“ hat dazu beigetragen, die Debatte um mehr Gesamtschulen zurück in die Stadtgesellschaft zu bringen. Just als die Mehrheit der Landtagsparteien einen Schulkompromiss beschloss, der ein Rückschritt für die Bildungslandschaft in NRW bedeutete, kämpft der Kreisverband um mehr Gesamtschulen für Köln. Inzwischen gibt es u.a. mit dem Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld auch konkrete mögliche Standorte, für die vor allem unsere Ratsfraktion kämpft. Zudem ist es mit diesem Projekt gelungen, die Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“ (i:mgik) zu gründen und damit die Basis für eine andere Bildungspolitik in Köln zu erweitern.

Wir haben unsere neue Massenzeitung KÖLNLINKS aufgelegt und hiervon insgesamt 40.000 Exemplare in der Stadt verteilt. Wir haben zudem erfolgreich eine erste große öffentliche Veranstaltung zur Eu-

ropakrise durchgeführt. Mitglieder des Kreisverbandes haben sich an Bewegungen gegen rechts, für den Ausstieg aus der Atomenergie und für den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan beteiligt. Mit der Einwohnerbefragung zum Godorfer Hafen, dem Einsatz für den Erhalt der Kölner Bäder, den Arbeiten rund um das Helios-Gelände sowie unseren Aktivitäten in der Occupy-Bewegung haben wir punktuell in Auseinandersetzungen um eine solidarische Stadtgesellschaft eingegriffen. Es ist dem Kreisverband aber nicht immer gelungen, hierin seine volle Kraft zu entfalten.

Gleichzeitig war das Jahr 2011 gekennzeichnet von einer widersprüchlichen Entwicklung der Partei. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erzielte DIE LINKE bessere Ergebnisse, aber in Berlin verlor sie weiter an Zustimmung. In Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz verfehlte sie deutlich den Einzug in die Landesparlamente, und auch bei den Kommunalwahlen blieb der Durchbruch aus. In Wahlumfragen liegt die Bundespartei nur noch bei 7%, während sie bei der Bundestagswahl 11,9% erreichte.

*Fortsetzung auf Seite 2!*

## Einladung zur Mitgliederversammlung der LINKEN Köln

- ✓ am Dienstag, 07. Februar 2012, 19:00 Uhr
- ✓ im Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, <http://snipurl.com/21rbokx>
- ✓ Haltestelle „Venloer Str. / Gürtel“, KVB-Linien 3, 4, 13

Die vorgeschlagene Tagesordnung entnimmt ihr bitte beiliegender Einladung.

Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen!

Mit solidarischen, herzlichen Grüßen

Angelika Link-Wilden, Sprecherin der LINKEN Köln

Torsten Löser, Sprecher der LINKEN Köln

Mit Blick auf die Mitgliederentwicklung hatte sich der Kreisverband Köln bereits 2009 das Ziel gesetzt, einen Stand von 1.000 zu schaffen. Tatsächlich ist der Kreisverband Köln zwar der stärkste im Westen, hat aber den Trend zum Anstieg der Mitgliederzahlen nicht fortsetzen können. Seine Mitgliederzahl stagniert vielmehr bei 800.

Die große Krise seit 2007 bestätigt unsere jahrelange Kritik an kapitalistischer Produktionsweise und neoliberaler Politik. Unsere Programmatik enthält wegweisende Forderungen, etwa zur Demokratisierung der Gesellschaft, zur deutlichen Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen und zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur. Trotzdem wenden sich die Menschen nicht vermehrt der LINKEN zu.

Mehr Zustimmung fanden dagegen teils die GRÜNEN und die PIRATEN, und seit kurzem hat sich mit der Occupy-Bewegung auch eine außerparlamentarische Protestbewegung mit Zulauf gebildet. Dies steht im Kontrast zur unbefriedigenden Entwicklung der LINKEN. An dieser Stelle soll keine Auseinandersetzung über die Ursachen geführt werden. Eines scheint aber klar: DIE LINKE hat den Status der erfolgreichen parteipolitischen Alternative verloren. Damit können wir nicht zufrieden sein. DIE LINKE muss daher ihre Strategie reflektieren.

Der Parteitag von Erfurt hat das erste Parteiprogramm der LINKEN mit überwältigender Mehrheit und im Konsens beschlossen. Dennoch gilt, dass das Jahr teils von Formen innerparteilicher Auseinandersetzung geprägt war, die DIE LINKE nicht voranbrachten.

#### Impressum der LINKEZEITEN

Hg.: DIE LINKE Köln.

Redaktion: D. Koberg, W. Lindweiler, A. Recht, S. Senol.

Layout: Alexander Recht.

V. i. S. d. P.: Torsten Löser, c/o DIE LINKE Köln, Zülpicher Straße 58, 50674 Köln.

# Strategie

All das bringt für unsere Partei und vor allem auch für unseren Kreisverband neue Herausforderungen. Das Arbeitsprogramm bleibt Grundlage der politischen Arbeit des Kreisverbandes. Wir müssen es umsetzen, konkretisieren und modifizieren.

## 2. Blick nach vorn

### 2.1. Strategisch vorgehen

Wir möchten die Kluft zwischen den heutigen Zuständen und unserem Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen überwinden. Unsere Strategie umfasst politische Aufklärung, die Konzentration auf gesellschaftliche Schlüsselthemen sowie die Mobilisierung von Mitstreitern. Wir agieren teils selbständig als Partei, teils in Kooperation mit gesellschaftlichen Partnern wie Gewerkschaften, teils in Bündnissen.

Unsere Aufgabe ist eine ehrliche Analyse der sozioökonomischen Machtverhältnisse. Zudem müssen wir uns mehr als bisher die Fähigkeit aneignen, Widersprüche und wechselseitige Bezüge mitzudenken: zwischen Theorie und Praxis, kurz- und längerfristigen Schritten, Parteiprofilierung und Bündnisorientierung, globalen und lokalen Aktionsfeldern usw.

Unsere Strategie muss stets aufs Neue kritisch reflektiert und verändert werden, da sich auch die Gesellschaft verändert: ihre soziale, ökonomische und ökologische Wirklichkeit, ihre Akteure und Kräfteverhältnisse, ihre Formen von Alltagsbewusstsein, ihre hegemonialen Themen und Deutungsmuster. Damit verändern sich aber auch unsere strategischen Ziele und Teilziele sowie unsere Schritte zur Veränderung der Gesellschaft. Wir befinden uns in einem dramatischen Veränderungsprozess, auf den auch unsere Partei noch Antworten entwickeln muss:

Es geht um Veränderungen der Produktionsweise, um Fragmentierungen der Klassengesellschaft, um Neuaufteilung zwischen den Geschlechtern sowie „um die stärkere Einbeziehung des Alltagslebens (Gesundheit, Pflege, Familie, Wohnungspolitik) und der Alltagskultur, um die stärkere Berücksichtigung der Interessen qualifizierter Arbeit, um Subjektivierung, Emotionalisierung und neue Kommunikationsstrukturen, allgemeiner um den Wandel der Normalarbeit. Schließlich müssen wir stärker die dramatisch gewachsene Distanz der Menschen gegenüber politischen Parteien berücksichtigen, die ihren Parolen immer weniger glauben, und die Umsetzbarkeit unserer Vorschläge mehr in den Vordergrund rücken.“ (Werner Dreibus)

Da wir nur über begrenzte Kräfte verfügen, werden wir unsere begonnene Strategiedebatte nicht in einem eigenen kräftebindenden Arbeitszusammenhang fortsetzen, sondern solche Überlegungen als Querschnittsaufgabe unserer Arbeit anstellen. Wir werden inhaltliche Ergebnisse produzieren, Aktionen durchführen und hierbei jeweils strategische Fragen nach unseren Handlungsmöglichkeiten stellen und zu beantworten suchen.

### 2.2. Europakrise zum Thema machen

Wir erleben seit 5 Jahren eine fast schon epochal zu nennende Wirtschaftskrise – nicht nur, aber auch und vor allem in Europa mit seiner Krise der Institutionen und der Finanzmärkte. Die Krise, die neben bekannten auch neue Phänomene aufweist, schüttelt die ökonomische Basis kräftig durcheinander und wirft die Frage auf, wie Politik in einer solchen Phase zu reagieren und zu agieren hat. Klar ist: Die Krise verunsichert die Menschen. Diese suchen nach Orientierung und nach Antworten.

DIE LINKE hat bereits erste Positionen zur Krise entwickelt. Es gelingt uns aber bislang noch zu wenig, mit diesen Positionen positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Unsere Aufgabe, aber auch Chance ist es, unsere Vorstellungen von einer anderen Verteilungspolitik und mehr sozialer Gerechtigkeit über Deutschland hinaus in die Diskussion einzubringen. Es gilt Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Krise und Reformvorschläge für einen politischen Kurswechsel und eine andere Wirtschaftsordnung auszuarbeiten und zu popularisieren, auf Herausforderungen neue sozialistische Antworten zu finden und politische Neuformierungsprozesse aufzugreifen.



Der Kreisverband Köln will einen Beitrag dazu leisten, dass DIE LINKE eine Strategie entwickelt, um Menschen für unser Ziel eines demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europas zu gewinnen und ihnen gleichzeitig Handlungsfelder zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu eröffnen. Nur wenn es uns gelingt, unsere Forderung nach einer anderen Wirtschaftspolitik und einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse mit der Perspektive eines demokratischen Europas zu verbinden, können wir überzeugen.

Die Weiterentwicklung unserer eigenen Position, die politische Bildung, die mehr Genossinnen und Genossen befähigen soll, diese Position am Arbeitsplatz, am Wohnort und im sozialen Umfeld aktiv zu vertreten, sowie der Dialog mit sozialen und demokratischen Bewegungen durch den Kreisverband werden in den nächsten Monaten eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der LINKEN in Köln spielen.

### 2.3. Politik statt Nabelschau

Das Erfurter Programm hat eine gute politische Grundorientierung und zeigt sinnvolle Reformschritte auf. Dies sollte uns anspornen. Wir müssen unsere Programmatik durch Bildungsarbeit stärker als bisher unseren Mitgliedern vermitteln. Wo sie Leerstellen und unaufgelöste Konflikte aufweist, stehen wir vor der Herausforderung, diese produktiv und solidarisch anzugehen. Wo sie ungenau formuliert ist, haben wir uns der Anstrengung der Präzisierung zu widmen.

Wir haben die Verantwortung, unsere Programmatik stärker in die Gesellschaft zu kommunizieren und in praktische Politik umzusetzen. Die Menschen erwarten von uns konkrete Lösungsvorschläge auf die Probleme unserer Zeit: Die „Umsetzbarkeit unserer Vorschläge“ (Werner Dreibus) ist wichtig. Zudem müssen wir die Menschen so ansprechen, dass sie sich auch emotional angesprochen fühlen. Wir sind aufgefordert, ihnen mit und in unserer Partei attraktive Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten, die ihren Vorstellungen von Engagement entsprechen.

Politik statt Nabelschau lautet also unsere Lösung. Eine auf Partizipation ausgerichtete Partei wie die unsere hat natürlich das Recht, eine Personaldebatte über den neuen Bundesvorstand gründlich und sorgsam zu führen. Diese Personaldebatte darf aber nicht in Formen geführt werden, die die Partei auseinander dividieren; darf nicht von der Notwendigkeit innerparteilicher Entwicklung und Bildungsarbeit ablenken; darf uns nicht davon abhalten, uns in die Gesellschaft einzubringen.

Der Kreisverband Köln bemüht sich darum, dass unsere Partei als ganze eine solche Haltung einnimmt.

### 2.4. Kooperierende Gliederungen und Strukturen

Unsere Partei steht vor beträchtlichen Herausforderungen. Hierfür muss sie Kräfte und Aktivitäten bündeln. Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Ortsverbände

sollten bei ähnlicher Thematik kooperieren und gemeinsam statt nebeneinander Veranstaltungen und Aktionen durchführen.

Unsere Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Ortsverbände sowie die Ratsfraktion sollten sich auch, wo es machbar und sinnvoll ist, an den Projekten aktiv und mit eigenen Initiativen beteiligen, statt sich nur neben den Projekten zu betätigen.

## 3. Aufmerksamkeits-schwerpunkte

Politische Konzentration bedeutet, dass unser Kreisverband Schwerpunkte benennt und diesen bevorzugt Aufmerksamkeit widmet und Ressourcen zuweist.

### 3.1. Das Projekt „Für eine Solidarische Stadt!“

Wir werden uns 2012 mit dem Projekt „Für eine Solidarische Stadt!“ aktiv in die Auseinandersetzung um eine gerechte Stadtgesellschaft einbringen, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern offen steht. Ziel des Projektes ist es, in ausgewählten Schwerpunkten unsere alternativen Vorstellungen einer Stadtgesellschaft deutlich zu machen.

Wichtig ist dabei „die stärkere Einbeziehung des Alltagslebens (Gesundheit, Pflege, Familie, Wohnungspolitik)“ (Werner Dreibus), etwa durch Kämpfe für eine soziale Wohnungspolitik oder für die Erweiterung des Köln-Passes.

Unsere Solidarisierung dokumentiert sich nicht nur in parlamentarischer Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie soll auch eine reale Verbesserung der

*Fortsetzung auf Seite 4!*

Logo der Recht-auf-Stadt-Bewegung



Lebensverhältnisse im Kleinen und zumindest für einen beschränkten Personenkreis bewirken. Die Wirksamkeit unseres politischen Handelns muss insbesondere für sozial benachteiligte Menschen und für unsere Wähler und Mitglieder direkter erfahrbar werden.

Wir müssen offensiv in den Dialog mit so unterschiedlichen gesellschaftlichen Instanzen wie Gewerkschaften, Inis und sozialen Bewegungen treten, den Spagat zwischen eigener Gestaltung und Beteiligung an „Widerstandspotenzialen“ (Werner Dreibus) wagen und uns auch auf geeignete Weise mit der Politik der Stadtverwaltung auseinandersetzen.

Bestehende Programme wie das Kommunalwahlprogramm geben uns bereits Orientierungspunkte. Hieran anknüpfend und weitergehend werden wir uns zum Ziel setzen, präzise und umsetzbare Forderungen für die Stadtgesellschaft zu erarbeiten. Solche Ergebnisse können Eingang in ein künftiges kommunales Wahlprogramm finden. Die Arbeit der Projektgruppe wird im Februar 2012 beginnen.

### 3.2. Bildungsarbeit und Parteientwicklung

2012 wollen wir unseren Mitgliedern mehr Bildungsangebote unterbreiten. Es geht um Grundlagenvermittlung und aktuelle politische Themen. Mögliche Formen sind Seminare, abendliche Infoveranstaltungen, sonntägliche Matinees in Ortsverbänden mit den Abgeordneten, Lesekreise, Kennenlernabende. Das kann teils auch in Zusammenarbeit mit anderen Kreisverbänden im Rheinland geschehen.

Die Bildungsarbeit soll auch an den Arbeitsvorhaben wie Europa oder „Für eine Solidarische Stadt!“ ansetzen und mit unseren bestehenden Gliederungen kooperieren, statt nur parallel hierzu zu laufen.

Die Arbeitsgruppe „Mitgliederwerbung und Parteientwicklung“ wird sich 2012 neben Aktivitäten zur Mitgliederwerbung auf die Erarbeitung und Umsetzung von Angeboten und Methoden der Mitgliederaktivierung konzentrieren, damit sich mehr Mitglieder in die Arbeit und die Meinungsbildungsprozesse des Kreisverbandes einbringen.

Unsere Angebote der Mitarbeit sollen vielseitig sein und Theoretiker wie Praktiker ansprechen. Wir brauchen spezifische Angebote für diejenigen unserer Mitglieder, die wegen sprachlicher Hürden kaum am Parteileben teilnehmen können. Stets muss es darum gehen, zu den Mitgliedern hinzugehen.

Die Kommunikation mit den Mitgliedern soll in Zukunft direkter erfolgen. Mithilfe eines auf Mitgliederversammlungen verteilten Fragebogens können Mitglieder gewünschte Formen der Partizipation sowie ihre besonderen Fähigkeiten mitteilen. Die Fragebögen werden regelmäßig vom Kreisvorstand ausgewertet, und die Mitglieder werden vom KV darüber informiert.



### 4. Weitere Aufgaben in der laufenden Arbeit

Natürlich wird es auch weiterhin neben diesen Schwerpunkten andere Aktivitäten unserer Partei geben. Aber auch hier gilt: Wir können nicht alle politische Themen behandeln; die, die wir behandeln, sollten wir jedoch aktiv behandeln.

In den letzten Monaten hat auch der Kampf gegen rechts bundesweit an Bedeutung gewonnen. Das heißt für uns in Köln, sowohl die Auseinandersetzung mit Pro Köln zu intensivieren als auch rechten Gewalttätern aktiv entgegen- und für ein Klima des gleichberechtigten Miteinanders von Menschen aller Nationen in Köln einzutreten.



Fortführen wollen wir die erfolgreich begonnene Arbeit für eine andere Bildungspolitik in Köln. Auch werden wir mit der KÖLN-LINKS weiterhin unsere eigene Massenzeitung zweimal im Jahr herausbringen. In unserer durch „Emotionalisierung“ (Werner Dreibus) geprägten Gesellschaften gilt es unsere bisherigen Aktions- und Kommunikationsformen darauf hin zu überprüfen, wo und wie sie fortzusetzen, zu verändern, zu ergänzen und zu optimieren sind.

Fortsetzen wollen wir auch die Arbeit in benachteiligten Stadtteilen. Ein Baustein hierzu neben anderen sind unsere Angebote einer offenen Sozialberatung. Insgesamt kommt es darauf an, dass Kreisverband und Ortsverbände gemeinsam aufarbeiten, worin Defizite unserer Stadtteilarbeit bestehen und welche neuen Ideen zu entwickeln sind, damit wir uns in den Stadtteilen besser verankern können. Dies ist ein sinnvoller Beitrag zur Verankerung der LINKEN vor Ort.

Gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Büroteam wollen wir ein Konzept für eine attraktive und offene Geschäftsstelle in unseren neuen Räumlichkeiten in der Zülpicher Straße entwickeln. Dort wollen wir auch kulturelle Angebote anbieten.

Politik kostet Geld. Durch die veränderte Verteilung der Beitragseinnahmen steht unser Kreisverband vor der Herausforderung, sowohl die Beitrags- als auch die Spendeneinnahmen deutlich zu steigern.



# Terminliste des Kreisverbands Köln

Termin	Veranstaltung
<b>Februar</b>	
Donnerstag, 02.02.2012	AK „Gesundheit und Behindertenpolitik“
Dienstag, 07.02.2012	Kreismitgliederversammlung
	AK „Stadtentwicklung“
Freitag, 10.02.2012	Eröffnung Kreisgeschäftsstelle
Montag, 13.02.2012	Gf. Kreisvorstand
	Projektgruppe „Für eine Solidarische Stadt!“
	AK „Umwelt“
Donnerstag, 16.02.2012	Weiberfastnacht
Samstag, 18.02.2012	Block Dresden 2012
Montag, 20.02.2012	Rosenmontag
Donnerstag, 23.02.2012	AK „Wirtschaft und Finanzen“
	AK „Soziales“
Montag, 27.02.2012	AK „Integration“
Dienstag, 28.02.2012	Kreisvorstand
<b>März</b>	
Dienstag, 06.03.2012	Mitgliederversammlung mit KV Leverkusen
Donnerstag, 08.03.2012	Internationaler Frauentag
Freitag, 09.03.2012	AK „Stadtentwicklung“
Sonntag, 11.03.2012	Fukushima-Jahrestag in Gronau
Montag, 12.03.2012	Gf. Kreisvorstand
	AK „Umwelt“
Donnerstag, 15.03.2012	AK „Gesundheit und Behindertenpolitik“
Samstag, 17.03.2012	Beratung der Kreisvorsitzenden
Donnerstag, 22.03.2012	AK „Wirtschaft und Finanzen“
Dienstag, 27.03.2012	Kreisvorstand
<b>April</b>	
Dienstag, 03.04.2012	Kreismitgliederversammlung
Freitag, 06.04.2012	Karfreitag
Sonntag, 08.04.2012	Ostersonntag
Montag, 09.04.2012	Ostermontag
Dienstag, 10.04.2012	Gf. Kreisvorstand
Donnerstag, 12.04.2012	AK „Soziales“
Montag, 16.04.2012	AK „Umwelt“
Donnerstag, 19.04.2012	AK „Wirtschaft und Finanzen“
Dienstag, 24.04.2012	Kreisvorstand

**Für Details und Uhrzeiten gehe man auf**  
<http://www.die-linke-koeln.de/nc/termine/termine/>

# Veranstaltungen und Aktionen

## Proteste gegen „Pro Köln“

„Uns ist bewusst, dass es in der antifaschistischen Arbeit unterschiedliche Aktionsformen gibt. Eben deshalb hält DIE LINKE Köln die bisherige Bündnisstrategie des Kreisverbandes gegen „Pro Köln/NRW“ für richtig und wird sich weiterhin sowohl im „Bündnis gegen ‚Pro Köln/NRW‘“, als auch bei „Köln stellt sich quer“ engagieren.

Gemeinsam mit anderen Organisationen wie der VVN-BdA, die ebenfalls in beiden Bündnissen vertreten ist, wird DIE LINKE Köln im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch in Zukunft versuchen, zwischen den beiden Bündnissen zu vermitteln und dafür zu werben, dass sich die Aktionen der beiden Bündnisse nicht gegenseitig behindern, sondern ergänzen.“

(Auszug aus dem Beschluss der letzten MV der LINKEN Köln)

## Eröffnung des Parteibüros!

DIE LINKE Köln lädt alle Mitglieder herzlich ein zur offiziellen Eröffnung des Parteibüros:

- ✓ Referat von Sahra Wagenknecht zur Europakrise
- ✓ anregender Austausch
- ✓ leckeres Büffet + Getränke



Freitag, 10.02.2012, 16:30-20:00 Uhr  
Parteibüro, Zülpicher Straße 58

Kalk macht wieder  
**DICHT** Gegen  
fremdenfeindlichen Hass  
auf der Schäl Sick

Köln-Kalk  
Pro Köln

Samstag, 28. Januar 2012

Ecke Kalk-Mülheimer Straße / Kalker Hauptstraße  
9 Uhr: Treffen, 10 Uhr: Kundgebung

Musik: Rolly Brings & Bänd und Freunde, AnyWay, Gruppe Yasam Evi, Blue Flower  
Es sprechen: Claudia Wörmann-Adam (ver.di), Pfarrer Franz Meurer,  
Markus Thiele (Bezirksbürgermeister Kalk), DGB-Jugend, DIDF u.a.

Veranstalter: Bündnis „Schäl Sick gegen Rassismus“

KALK  
MACHT  
DICHT  
2.0

NO WAY! DEN RASSISTEN-MARSCH  
VON PRO KÖLN ERNEUT VERHINDERN  
28.01. KALKER HAUPTSTRAÙE | 10 UHR

w3.dazwischengehen.mobi



# Über Entkriminalisierung und Liberalisierung

Von Michael Scheffer, Leiter des AK „Soziales“

Zum politischen Einstieg in das neue Jahr trafen sich am 09. Januar etwa 20 Mitglieder und Gäste des Arbeitskreises „Soziales“ in Köln, um über die drogenpolitischen Vorstellungen und Ziele der Partei DIE LINKE zu diskutieren.

Bekanntlich wurden im Erfurter Programm der Partei diesbezügliche Beschlüsse formuliert, die aber aufgrund verzerrter medialer Wiedergabe zu einigen Irritationen in der Öffentlichkeit führten („Heroin für alle“ u. Ä.).

Um sich dem Thema nüchtern (sic!) und mit dem gebotenen Sachverstand zu nähern, konnte der Arbeitskreis Frank Tempel, den drogenpolitischen Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, als Referenten begrüßen.

Eingeleitet wurde der Abend von Michael Scheffer, dem Sprecher des Arbeitskreises, der eine kurze Einführung in die Problematik vornahm. Er umriss verschiedene Aspekte, unter denen man sich dem Thema nähern könnte. Konkret benannt wurden die soziale, die gesundheitliche, die medizinisch-therapeutische, die kulturgeschichtliche und sogar die ökologische Ebene.

## Frühere drogenpolitische Initiativen

Der Fokus der Veranstaltung lag auf der juristisch-strafrechtlichen bzw. ordnungspolitischen Ebene. Verwiesen wurde dabei auf die wenigen Vorstöße, welche seitens der Rechtsprechung und Gesetzgebung in der Vergangenheit gemacht wurden.

Als Beispiel genannt wurde der Cannabis-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1994, das sogenannte Neskovic-Urteil, das seinerzeit die „geringe Menge“ sowie den „Eigenbedarf“ eingeführt hatte.

Verwiesen wurde auch auf den (letztlich gescheiterten) Versuch der ehemaligen schleswig-holstei-

nischen Gesundheitsministerin Heide Moser, die Abgabe von Cannabis in Apotheken zu ermöglichen.

Anschließend stellte Frank Tempel in seinem Vortrag detailliert und kenntnisreich das Szenario einer liberalen und aufgeklärten Drogenpolitik der bestehenden repressiven Drogenpolitik gegenüber.

## Probleme repressiver Drogenpolitik

Zunächst beschrieb er die Unzulänglichkeiten der bestehenden repressiven Praxis, welche oftmals die im Zusammenhang mit Drogenkonsum existierenden Probleme de facto verschlimmert, aber keineswegs lösen kann. Als ehemaliger Polizeibeamter im Vollzug konnte Frank dies mit anschaulichen Beispielen aus der beruflichen Praxis überzeugend illustrieren.

So seien unzählige Lebensläufe und Karrierepläne wegen vergleichsweise harmloser Delikte gebrochen worden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Menschheit seit Anbeginn ihrer Existenz berauscht, sei eine akzeptierende Drogenpolitik statt ideologischer Generalverteufelung angemessen. Die Realitäten zu akzeptieren heiße aber keinesfalls, die Gefahren, die mit der Einnahme berauscher Substanzen einhergehen, zu verharmlosen.

## Entkriminalisierung ungleich Propagierung

Im Gegenteil: Frank konnte überzeugend darlegen, dass Aufklärung, Entkriminalisierung und Liberalisierung keinesfalls mit der Propagierung von Drogen gleichzustellen sei. Hilfreich sei es überdies, den „Erkenntnisstand der Fachwelt in die Politik zu übertragen“.

Es wurde kritisiert, dass das Betäubungsmittelgesetz dem Wissensstand der Forschung, der Therapie- und Suchtzentren, aber auch der unabhängigen Initiativen

und Aktivisten kaum gerecht wird. Es verfestige vielmehr die bestehenden Abhängigkeiten von einem unkontrollierbaren Schwarzmarktssystem mit seinen zahlreichen negativen Begleiterscheinungen (Kriminalität, Verelendung, soziale Isolation etc.).

Auf diesen Aspekt ging Frank auch in der sich anschließenden lebhaften Diskussion ein. So sei der volkswirtschaftliche Schaden, der durch die strafrechtliche Verfolgung geringer Drogendelikte (inklusive Strafvollzug) entsteht, kaum zu beziffern. Besser sei es, auf Schadensminimierung und auf den aufgeklärten mündigen Bürger als auf Repression zu setzen.

## Bestehende positive Ansätze

Untermuert wurde dies durch erfolgsversprechende Ansätze aus dem europäischen Ausland. Als positiv bewertet wurden beispielsweise das Schweizer Drugchecking-Modell oder die spanischen „social clubs“ (bitte googlen für Details).

Aber auch die hiezulande in vielen Kommunen längst praktizierte kontrollierte Heroinabgabe oder die entsprechenden Möglichkeiten der Substituierung (Methadon, etc.) scheinen in die richtige Richtung zu weisen.

## Fazit

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die praktizierte Drogenpolitik weitgehend gescheitert ist und dass DIE LINKE hier gute Lösungsansätze anbietet und sich dafür nicht verstecken muss.

Abschließend muss ferner konstatiert werden, dass an diesem Abend längst nicht alle Fragen beantwortet und alle Aspekte beleuchtet werden konnten. So wurde nach einer überaus erhellenden und ergebnisreichen Sitzung eine weitere Veranstaltung zum Thema zu einem gegebenen Zeitpunkt verabredet ...

# Einladung zur Konstituierung des Projekts „Für eine Solidarische Stadt!“

Von Angelika Link-Wilden, Sprecherin der LINKEN Köln,  
und Torsten Löser, Sprecher der LINKEN Köln

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

mit dem Arbeitsprogramm 2010-2012 hat der Kreisverband die Durchführung des Projektes „Für eine Solidarische Stadt!“ beschlossen.

Dieses Projekt soll im Februar 2012 starten.

Wir wollen nicht viel Zeit verstreichen lassen und möchten euch daher im Namen des Kreisvorstandes zu einem ersten Treffen der Projektgruppe einladen:

Als Tagesordnung schlagen wir euch vor, zunächst mit zwei Einführungsbeiträgen zu beginnen:

⇒ „Warum ist für DIE LINKE Köln die Auseinandersetzung um eine solidarische Stadtgesellschaft von strategischer Bedeutung?“ (mit Torsten Löser, Sprecher des Kreisverbandes)

⇒ „Ansätze einer solidarischen Stadtgesellschaft und die Bewegung ‚Recht auf Stadt‘ – eine kritische Reflexion“ (mit Hans Günter Bell, Stadtplaner)

Danach wollen wir uns gemeinsam verständigen über

- ⇒ die inhaltlichen Schwerpunkte,
- ⇒ die Organisation der Projektarbeit.

Alle Mitglieder unseres Kreisverbandes sind gerne eingeladen, sich am Projekt zu beteiligen!

Wir freuen uns über eure rege Teilnahme!

Herzliche Grüße von  
Angelika Link-Wilden,  
Torsten Löser

## Projektaufakt!

**13. Februar 2012,  
ab 19:30 Uhr,  
im Parteibüro,  
Zülpicher Str. 58**

**Anreise:  
KVB-Linie 9 oder  
Bf. Süd der DB**



Foto: HeatherSquire, Flickr

## LINKE AnsprechpartnerInnen

**Der LINKE OV Schäl Sick**  
Hans Günter Bell, Tel.: 0221 88 52 99

**Der LINKE OV Ehrenfeld**  
Ulrike Detjen, Tel.: 0170 583 30 50

**Der LINKE OV Innenstadt/Rodenkirchen**  
Astrid Kraus, Tel.: 0151 149 415 73

**Der LINKE OV Nord**  
Andree Willige, Tel.: 0172 262 34 91

**Der LINKE OV Lindenthal**  
Jürgen Seitz, Tel.: 0221 31 87 21

**Der LINKE OV Porz**  
Helmuth Krämer, Mail: helmuth.kraemer@netcologne.de

**linksjugend [ `solid ]**  
Andy Strohwalde, Tel.: 0162 853 72 56

**dielinke.sds an den Kölner Hochschulen**  
Katharina Sass, Mail: kathisass@aol.com